

## Kirchen in NRW verurteilen Verfolgung von Christen

**Bielefeld/Düsseldorf** (epd). Die drei evangelischen Landeskirchen in NRW haben die Verfolgung von Christen und Jesiden im Irak scharf verurteilt. »Wer im Namen Gottes Gewalt verübt oder zu Gewalt aufruft, missbraucht die Religion und beleidigt Gott«, heißt es in einer am Donnerstag veröffentlichten gemeinsamen Erklärung der westfälischen, rheinischen und lippischen Kirche. Die Kirchen riefen dazu auf, gemeinsam mit Juden, Muslimen, Buddhisten und Hindus die friedensstiftenden Kräfte in allen Religionen stärken. Die Verfolgung der Jesiden durch fanatisierte Terrorbanden sei ein »menschenverachtendes Vorgehen, das Züge eines Völkermordes trägt«, heißt es in der von der westfälischen Präses Annette Kurschus, dem rheinischen Präses Manfred Rekowski und dem lippischen Landessuperintendenten Dietmar Arends unterzeichneten Erklärung. »Diese Gräueltaten dürfen die Weltöffentlichkeit ebenso wenig kalt lassen wie die Verbrechen, die jetzt an Christen im Irak verübt werden.« An die Politik appellierten die leitenden Geistlichen, sich für die Religionsfreiheit einzusetzen. »Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht, also unteilbar.« Dass ein Religionswechsel vielerorts unter Strafe gestellt werde, sei eine besonders gravierende Verletzung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit. Die besten Mittel gegen religiös verbrämten Hass und Gewalt blieben Aufklärung, Bildung und menschenwürdige Lebensverhältnisse. Über eine halbe Million Menschen sind vor der Gewalt der sunnitischen Miliz »Islamischer Staat« (IS) im Nordirak auf der Flucht. Die radikal-sunnitische Terrorgruppe verfolgt vor allem Christen, Schiiten und Jesiden.

### Irak

## Rheinische und westfälische Kirche unterstützen Kriegsoffer

**Düsseldorf/Bielefeld** (epd). Die westfälische und die rheinische Landeskirche unterstützen Kriegsoffer im Irak mit 65.000 Euro. Die Beträge gehen an die Diakonie Katastrophenhilfe, die über örtliche Partnerorganisationen etwa 8.400 syrische und rund 10.000 irakische Flüchtlingsfamilien mit Nahrungsmitteln, Hygieneartikeln, Wasserkänter und Schlafutensilien versorgt, wie die Landeskirchen am Freitag in Düsseldorf und Bielefeld mitteilten. Mit dem Geld soll den Notleidenden, hauptsächlich religiöse Minderheiten wie Christen und Juden, geholfen werden. Die Kirchen riefen zu weiteren Spenden auf. »Durch die Kämpfe, die vom Terror der IS-Milizen befreien sollen, geraten die Menschen vor allem in eine humanitäre Notsituation«, schreibt Rekowski in einem am Freitag in Düsseldorf veröffentlichten Brief an die 732 rheinischen Kirchengemeinden. Notwendig seien grundlegende, lebenssichernde Hilfen. Die westfälische Landeskirche stellte 50.000 Euro für das Engagement der Diakonie Katastrophenhilfe bereit. Die rheinische Landeskirche beteiligt sich mit 15.000 Euro.

### Irak

## Woelki verurteilt Vertreibung von Christen und anderer Minderheiten

**Berlin/Köln** (epd). Der Berliner Kardinal Rainer Maria Woelki hat die Vertreibung von Christen, Jesiden und Schiiten im Irak durch radikal-sunnitische Milizen scharf verurteilt. Glaube an Gott und Hass passten nicht zusammen, sagte der künftige Kölner Erzbischof am Sonntag in Berlin. Das Wüten der Milizen sei grausam und menschenverachtend. In einem Grußwort zu einem ökumenischen Gottesdienst in der katholischen St. Hedwigs-Kathedrale rief Woelki die Christen weltweit zu mehr Solidarität mit den orientalischen Christen auf. Zugleich forderte er die Bundesregierung auf, ihr Eintreten für Menschenrechte, Religionsfreiheit und den Schutz von Minderheiten im Irak und in Syrien zu intensivieren. »Die Christen im Orient müssen überleben«, sagte der Berliner Kardinal. Dabei erinnerte er daran, dass die christlichen Kirchen im Orient zu den ältesten der Welt gehören. Zu dem Gottesdienst hatten die orientalischen christlichen Gemeinden in Berlin eingeladen. Im Anschluss war eine Kundgebung auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor geplant. Woelki wird am 20. September im Kölner Dom in sein Amt als neuer Kölner Erzbischof eingeführt.

Das Erzbistum Köln ist mit 2,1 Millionen Gläubigen die größte deutsche Diözese.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 34\_2014 Seite \_3

## Irak

### **Kardinal Marx fordert von Islam- Vertretern klares »Nein« zu Gewalt**

**München** (epd). Angesichts des Terrors im Irak erwartet der Münchner Kardinal Reinhard Marx von den religiösen Führern des Islam ein »Zeichen des Friedens«. In einer gemeinsamen Erklärung sollten Vertreter von Schiiten und Sunniten deutlich machen, dass es »niemals Gewalt im Namen Gottes, niemals Mord im Namen Gottes, niemals Unterdrückung im Namen Gottes« geben dürfe, sagte der Erzbischof von München und Freising am 15. August. Marx predigte in einem Gottesdienst zum katholischen Fest Mariä Himmelfahrt im Liebfrauentempel. Eine solche Erklärung erfordere Mut, »aber wir bitten um diesen Mut, öffentlich zu sagen, dass dies nicht ihre Religion ist, die dort praktiziert wird«, sagte Marx, der auch Vorsitzender der katholischen Deutschen Bischofskonferenz ist.

Er wisse, »der Islam ist nicht das, was ISIS ist«. Aber er höre zu wenig, dass die religiösen Führer der Schiiten und der Sunniten klar Position gegen Gewalt bezögen. In einer solchen Situation ist es nach Ansicht von Marx erlaubt, »Menschen zu retten mit all den zur Verfügung stehenden Mitteln«. Weiter appellierte er an Deutschland und die Christen, verfolgte Menschen aus dem Irak aufzunehmen. Auf Solidarität angewiesen seien auch Christen in Syrien, in Gaza und in vielen anderen Ländern der Welt.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 34\_2014 Seite \_4

### **Rekowski predigt für eine atomwaffenfreie Welt**

**Büchel/Düsseldorf** (epd). Der rheinische Präses Manfred Rekowski will sich am Antikriegstag, am 1. September, mit einer Andacht vor den Toren des Fliegerhorstes Büchel für eine atomwaffenfreie Welt einsetzen. Im Anschluss sind die Teilnehmer der Andacht sowie Soldaten und Polizisten an einer Friedenstafel zum gemeinsamen Mahl eingeladen, wie die Regionalgruppe des Internationalen Versöhnungsbundes Cochem-Zell am Dienstag mitteilte. Rekowski ist der erste Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, der öffentlich vor dem Luftwaffenstützpunkt in der Eifel predigt. Am Fliegerhorst, wo vermutlich amerikanische Atombomben lagern, setzt sich die Friedensbewegung immer wieder mit Demonstrationen und Aktionen für den Abzug Waffen aus Deutschland ein. Mit einem Aktionscamp hatten Atomwaffengegner vom 2. bis 11 August in Büchel gegen die Lagerung und Modernisierung der Atomwaffen protestiert. Sie kündigten für den 26. März kommenden Jahres eine neue Kampagne an. Am 26. März 2010 hatte sich der Bundestag mit großer Mehrheit für den Abzug der letzten US-Atomwaffen aus Deutschland ausgesprochen.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 34\_2014 Seite \_5

### **Irak-Konflikt: EKD-Bevollmächtigter Dutzmann würde Waffenlieferungen nicht verurteilen**

**Berlin/Detmold** (epd). Der Bevollmächtigte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Berlin, Martin Dutzmann, lehnt eine Waffenlieferung an die Kurden im Irak zur Unterstützung im Kampf gegen die Islamisten nicht grundsätzlich ab. »Ich sage in aller Vorsicht: Wenn die Bundesregierung sich entscheiden sollte, Waffen als Soforthilfe in den Nordirak zu schicken, könnte ich das nicht verurteilen«, sagte der Theologe am Mittwoch in einem Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Berlin. Im Nordirak sei ein Genozid nicht auszuschließen. Die Völkergemeinschaft könne nicht zusehen: »Damit würde sie sich schuldig machen«, sagte der frühere evangelische Militärbischof. Dutzmann, der einer der Vorsitzenden der rüstungskritischen Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung ist, ergänzte, der Grundsatz, keine Rüstungsgüter in Spannungs- und Konfliktgebiete zu schicken, sei und bleibe richtig. Ein weiterer Grundsatz schreibe vor, Rüstungsgüter nur an Staaten abzugeben. »Diese richtigen Grundsätze lassen sich in der aktuellen Situation im Nordirak nicht ohne weiteres umsetzen«, erklärte Dutzmann, der

auch Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche war. Es scheine zumindest so, als seien nur die kurdischen Rebellen in der Lage, die Islamisten zurückzudrängen und dem Blutvergießen ein Ende zu bereiten. »In der einen Waagschale liegt ein drohender Genozid, in der anderen die Gefahr eines letztlich unkontrollierbaren Gebrauchs von Waffen«, sagte der Bevollmächtigte, der die Interessen der evangelischen Kirche in Berlin und Brüssel vertritt. »Trotz dieses Risikos neigt sich in meinen Augen die Waagschale in Richtung Nothilfe«, sagte Dutzmann. Es müsse aber klar sein, »dass das eine sicherheitspolitisch begründete Ausnahme ist, und dass die Maßstäbe der deutschen Rüstungsexportpolitik insgesamt restriktiv bleiben beziehungsweise restriktiver werden müssen«. Die von der Bundesregierung formulierte Unterscheidung zwischen Waffen und »nicht-tödlichen Rüstungsgütern« versteht Dutzmann als »den Versuch, beides zusammenzubringen: die Nothilfe und die Grundsätze der deutschen Rüstungsexportpolitik«. Er äußerte jedoch Zweifel, »ob man das bis zum Ende durchhalten kann oder ob die Bundesregierung nicht doch genötigt sein wird, auch Waffen zur Verfügung zu stellen«. *epd-Gespräch: Corinna Buschow*

## »Blumen für Stukenbrock« gegen Waffenlieferungen

**Gedenkveranstaltung soll zur Friedenspolitik mahnen Schloß Holte-Stukenbrock** (epd). Der friedenspolitische Arbeitskreis »Blumen für Stukenbrock« hat gegen mögliche Waffenlieferungen aus Deutschland protestiert. In Kriegsoder Krisengebiete dürften auf keinen Fall deutsche Waffen geliefert werden, erklärte die Friedensinitiative in Schloß Holte-Stukenbrock am 18. August. Unter dem Motto »Deutsche Außenpolitik muss Friedenspolitik sein!« findet am 6. September die traditionelle Mahn- und Gedenkveranstaltung auf dem Sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock statt. Die Friedensinitiative rief die Bundesregierung außerdem zur Neutralität im Konflikt um die Ukraine auf. Nicht gegen, sondern nur mit Russland sei der Frieden in Europa zu sichern. Eine Eingliederung der Ukraine in die EU und Nato sehe Russland als Bedrohung an. Problem würden nicht durch Sanktionen und Drohungen gelöst, sondern durch vertrauensbildende Maßnahmen. Der Arbeitskreis »Blumen für Stukenbrock« pflegt seit mehr als 45 Jahren das Andenken an die sowjetischen Opfer im Nationalsozialismus. In den Massengräbern auf dem Friedhof liegen nach Angaben der Initiative mehr als 65.000 sowjetische Opfer. Das Kriegsgefangenenlager Stalag 326 wurde am 2. April 1945 durch die US-Armee befreit.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 34\_2014 Seite \_13

## »Grenzen öffnen für Menschen, nicht für Waffen«

**Friedensbewegung warnt vor Waffenlieferungen in den Irak Minden/Stuttgart** (epd). Die Friedensbewegung in Deutschland hat eindringlich vor Waffenlieferungen an die irakische Armee und die Kurden im Nordirak gewarnt. »Waffenlieferungen sind immer die schlechteste von allen schlechten Lösungen, da sie unweigerlich Opfer zur Folge haben«, sagte Pfarrer Matthias Engelke, Vorsitzender des deutschen Zweigs des Internationalen Versöhnungsbundes, dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Minden. Wer Waffen liefere, werde unweigerlich selbst zur Konfliktpartei und scheide damit für Wege aus dem Konflikt aus. Stattdessen sei eine Aufnahme von Flüchtlingen nötig, forderte der evangelische Theologe. Als Reaktion auf die brutale Gewalt der Miliz »Islamischer Staat« (IS) im Nordirak liefern bislang die USA und Frankreich Waffen in das Land, auch Italien und Tschechien signalisierten ihre Bereitschaft dazu. Innerhalb der Bundesregierung ist die militärische Unterstützung der Kurden im Nordirak umstritten. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) erklärte, Deutschland werde nur »nicht-tödliche« Ausrüstung bereitstellen. Auch Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) lehnte Waffenexporte ab. Dagegen schloss Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) die Lieferung von Waffen für die Zukunft nicht aus. »Wir müssen die Grenzen öffnen für die Menschen und nicht für die Waffen«, sagte Paul Russmann, Geschäftsführer der ökumenischen Friedensinitiative »Ohne Rüstung leben«, in Stuttgart dem epd. Rüstungsexporte würden eine Büchse der Pandora öffnen, eine wirkliche Kontrolle der Waffen im Irak könne nicht gewährleistet werden, warnte Russmann, der auch Sprecher der »Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel« ist. Auch die Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) kritisierten in Berlin, Waffenlieferungen an Konfliktbeteiligte verstießen gegen Exportverbote und könnten zum Präzedenzfall für spätere Konflikte werden. Vorsitzende Susanne Grabenhorst forderte stattdessen eine Ausweitung der humanitären Hilfe, die Einrichtung von

Hilfskorridoren durch die Vereinten Nationen und die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland und anderen EU-Staaten. »Die Bundesregierung muss wesentlich stärker in den Frieden investieren, nicht in Rüstung und Militär«, betonte Grabenhorst. Die Organisation setze sich für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung im Vorfeld von Kriegen ein. In die Verhandlungen über die politische Zukunft des Irak muss nach ihrer Ansicht auch die Führung des »Islamischen Staats« eingebunden werden. »Ziel dabei muss sein, eine gleichberechtigte Repräsentation der politischen Strömungen, Volksgruppen und Religionen im Irak zu erreichen«, sagte die IPPNW-Vorsitzende. Markus Pflüger, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier (AGF) warnte, dass in den Irak gelieferte Waffen auch in die Hände von extremistischen Gruppen gelangen könnten. »Jetzt sind humanitäre Hilfe und die Aufnahme von Flüchtlingen wichtige erste Schritte«, betonte er. Gleichzeitig müssten die Unterstützer der IS-Miliz wie Saudi-Arabien international unter Druck gesetzt werden. »Die Besatzungspolitik des Westens ist eine Terrorzuchtmaschinerie, eine langfristige Friedensstrategie mit Armutsbekämpfung und Bildungsprogrammen ist notwendig«, betonte Pflüger.

## Neudeck für Waffenlieferungen an Kurden

**Köln** (epd). Der Gründer der Hilfsorganisation Grünhelme, Rupert Neudeck, hat sich für Waffenlieferungen an die Gegner der Terrorgruppe »Islamischer Staat« ausgesprochen. »Das ist das Einzige, was da hilft«, sagte er nach einem Bericht des »Kölner Stadt-Anzeigers« (18. August) auf einer Veranstaltung der Kurdischen Gemeinschaft Rhein-Sieg/Bonn. Für diese Entscheidung sei nach seiner Auffassung auch kein Bundestagsmandat nötig: »Da muss man keinen Bundestag aus den Ferien holen.« Schließlich gehe es um Waffen zur Selbstverteidigung und zum Schutz der jesidischen Flüchtlinge. Neudeck sprach von einem »versuchten Genozid« an den Jesiden. »Wir müssen die Menschen dort schützen oder uns auf eine Luftbrücke vorbereiten und sie hier aufnehmen«, forderte Neudeck, der 1979 das Notärztekomitee Cap Anamur ins Leben gerufen hatte. Der Westen müsse »jetzt im Zweifel auch militärisch eingreifen«.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 34\_2014 Seite \_14

## NRW-Innenminister: Skeptisch gegenüber schärferen Gesetzen gegen Islamisten

**Köln** (epd). Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) beurteilt Forderungen nach schärferen Gesetzen im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus skeptisch. »Wir können Terrorismus nicht per Gesetz verbieten, können uns dem nur durch aktives Handeln entgegenstellen«, sagte Jäger am 12. August im Deutschlandfunk. Das Reden über Gesetzesänderungen sei »kein aktiver Beitrag, um die Sicherheitslage in Deutschland zu verbessern«. Jäger wies darauf hin, dass durch effektive Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in Deutschland bislang elf Anschlagversuche vereitelt worden seien. Der NRW-Innenminister mahnte, bei dem Ruf nach Gesetzesänderungen die Verhältnismäßigkeit zu wahren. Ein Entzug des Personalausweises sei bislang nicht möglich. »Wenn wir ein solches Gesetz ändern, gilt das auch für 80 Millionen andere Menschen«, sagte Jäger. Um die Ausreise von Islamisten in Kampfgebiete zu verhindern, hatten einige Unionspolitiker den Einzug des Reisepasses oder Personalausweises gefordert. Derzeit gebe es jedoch lediglich einige Hundert Ausreisen aus Deutschland, sagte Jäger. »An der Verfassung herumzudoktern wegen dieser 400 Ausreisen, halte ich für unverhältnismäßig.« Auch eine schnellere Ausweisung für in Deutschland lebende Extremisten sollte nach Jägers Einschätzung im Einzelfall geprüft werden. So müsse auch sicherheitspolitisch abgewogen werden, ob es Sinn mache, diese Menschen in Regionen abzuschieben, die nicht mehr kontrolliert werden könnten. »Damit würden wir Terrorismus exportieren und wären immer in der Gefahr, den Zugriff auf eine solche Person zu verlieren«, warnte der Innenminister. Der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU) hatte sich für eine Verschärfung des Ausländergesetzes ausgesprochen, um Islamisten leichter ausweisen zu können. Auch der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, forderte ein schärferes Vorgehen gegen zurückkehrende Islamisten, beispielsweise durch Entzug des Ausweises. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) hält schärfere Gesetze für Ausländer dagegen nicht für nötig und auch die Grünen wiesen die Forderung zurück.

## Islamverband: Muslime müssen sich gegen ISMiliz stellen

**Köln** (epd). Der Islamverband DITIB hat das brutale Vorgehen der sunnitischen Miliz »Islamischer Staat« (IS) im Nordirak als unvereinbar mit der muslimischen Religion verurteilt. »Alle Muslime und die gesamte Menschheit sind gefordert, sich diesen unmenschlichen Übergriffen und Brutalitäten mit einer gemeinsamen, starken Stimme entgegen zu stellen«, erklärte die Türkisch-Islamische Union (DITIB) am 12. August in Köln. Jahrhundertlang hätten die Muslime im Nordirak friedlich mit Jesiden und Christen zusammengelebt, betonte der Dachverband, der mehr als 800 Moscheevereine in Deutschland repräsentiert. Nun seien Christen und Jesiden »unmenschlichen Angriffen, Verfolgung und nahezu einem Massenmord« durch die islamistischen IS-Kämpfer ausgesetzt. Auch Muslime verschiedener Strömungen würden von den »religiösen Eiferern und Fundamentalisten« der IS-Milizen verfolgt und gefoltert. Schnellstmöglich müssten Lösungen für einen dauerhaften Frieden gefunden werden, heißt es in der DITIB-Erklärung. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 34\_2014 Seite \_16

## Im Dreck wühlen statt Sonnenbaden am Strand

### Aktion Sühnezeichen bietet jedes Jahr rund 30 Workcamps in Europa und Israel an

**In der Gedenkstätte Augustaschacht in Hasbergen bei Osnabrück suchen junge Menschen aus Europa und den USA nach Überresten eines Arbeitserziehungslagers der Nazis.**

**Osnabrück/Berlin** (epd). Razi (18) aus Boston und Lotte (16) aus Amsterdam schippen schon den halben Vormittag Erde und Sand in Eimer. Semjon (16) aus Freiburg und Dana (20) aus dem weißrussischen Minsk schütten den Inhalt auf ein großes flaches Sieb, das auf einer Schubkarre liegt. Meistens bleiben Steine, rostige Nägel und Glasscherben übrig. In der Gedenkstätte Augustaschacht in Hasbergen bei Osnabrück suchen zwölf junge Menschen nach Überresten eines Arbeitserziehungslagers der Nazis. Zwei Wochen ihrer Sommerferien verbringen sie dort, organisiert vom Verein Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Sie wühlen im Dreck, während ihre Altersgenossen sich irgendwo in der Sonne räkeln. »Ich bin ohnehin nicht der Strandlieger-Typ«, sagt Lotte: »Ich muss immer etwas tun. Außerdem möchte ich wissen, was im Krieg damals passiert ist.« Evangelische Christen haben Aktion Sühnezeichen Friedensdienste 1958 ins Leben gerufen - als Reaktion auf die Verbrechen der Nationalsozialisten. Seitdem engagieren sich Menschen aller Altersgruppen in langund kurzfristigen Freiwilligen-Einsätzen in Ländern, die unter dem Nationalsozialismus besonders gelitten haben. Unterstützt wird der Verein unter anderem von der EU, Bundesministerien und Institutionen der evangelischen Kirche. An den rund 30 internationalen Sommer-Workcamps in Europa und Israel nehmen jährlich rund 330 zumeist junge Menschen teil, sagt Koordinatorin Christina Bischatka in der Geschäftsstelle in Berlin: »Sie arbeiten in Gedenkstätten, jüdischen Gemeinden und Projekten mit Behinderten.« Für einen Teilnehmer-Beitrag, der je nach Herkunftsland zwischen 25 und 130 Euro liegt, erhalten sie Kost, Logis und Teamleitung. Zum ersten Mal organisiert Aktion Sühnezeichen ab Ende August ein zweiwöchiges Sommerlager in Oradoursur- Glane in der Nähe von Limoges. Die Teilnehmer werden sich mit der Geschichte des Ortes befassen, an dem die deutsche Waffen-SS vor 70 Jahren 642 Männern, Frauen und Kinder ermordete und anschließend das Dorf niederbrannte. Durch Ausbesserungsarbeiten an dem Ruinendorf sowie Transkriptionsarbeiten werden sie dabei helfen, die Erinnerung an Oradour als Mahnmal für künftige Generationen zu bewahren. Für den Nordamerikaner Razi ist körperliche Arbeit ein Klacks. Der kräftige junge Mann schleudert in Hasbergen alte Ziegelsteine aus der Grube. Dann fährt er Schubkarren mit durchgesiebter Erde und Steine auf den Schuttplatz. Auch seine Mutter war schon als Freiwillige bei Sühnezeichen. »Sie findet es wichtig, dass ich mich engagiere. Das ist ihre Bedingung dafür, dass sie mir meinen mehrwöchigen Deutschland-Urlaub bezahlt.« Letztes Jahr war Razi bereits auf einem jüdischen Friedhof in Bayern. »Ich möchte vor allem junge Leute aus anderen Ländern kennenlernen.« Das Interesse an den Sommerlagern sei seit Jahren ungebrochen, registriert Bischatka. Für Projekte in großen Städten wie Berlin, Oslo und Sarajewo oder attraktiven Regionen wie Südfrankreich gebe es sogar Wartelisten. »Für die Jugendlichen ist das eine große Chance, sich ganz konkret mit dem auseinanderzusetzen, was hier vor ziemlich genau 70 Jahren geschehen ist«, sagt Gedenkstättenleiter Michael Gander. 1944/45 betrieb die Gestapo in Hasbergen das Arbeitserziehungslager. Dort wurden Zwangsarbeiter bestraft, die versucht hatten zu fliehen oder die geforderten Arbeitsleistungen nicht schafften. Viele von ihnen starben. Ein wenig bedrückend empfinden die Jugendlichen es schon, an einem solchen Ort zu sein: »Gestern waren wir in dem ehemaligen Schlafsaal der Zwangsarbeiter«, erzählt Lotte: »Hundert Menschen haben total beengt in Stockbetten zu Dritt übereinander geschlafen und wir saßen da ganz gemütlich mit unserer kleinen Gruppe.« Und Semjon fragt sich beim Graben und Freilegen von Mauerresten manchmal, »ob ich

wohl eine Häftlingsmarke finde, die einem ehemaligen Zwangsarbeiter gehört hat«. Von Martina Schwager (epd)

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 34\_2014 Seite 20

## Studie Luthers berühmtester Choral wurde im Weltkrieg missbraucht

**Freiburg** (epd). Eine neue Studie zum nationalistischpropagandistischen Missbrauch von Luther-Chorälen im Ersten Weltkrieg hat der Freiburger Forscher Michael Fischer vorgelegt. Dabei gehe es um eines der berühmtesten Lieder der Reformation, Martin Luthers »Ein feste Burg ist unser Gott«, teilte die Universität Freiburg am 13. August mit. Besonders zu Beginn des Weltkrieges 1914 habe ein »kämpferischer Nationalprotestantismus« gesiegt und die letzte Zeile des Lieds »Das Reich muss uns doch bleiben« auf das Deutsche Kaiserreich bezogen. Fischer, Geschäftsführender Direktor des Uni- Zentrums für Populäre Kultur und Musik, nennt es den Angaben zufolge aus heutiger Sicht »unerträglich, welchen ungestörten Dreiklang Religion, Nation und Krieg gebildet haben«. Fischer wörtlich: »Martin Luther, der ein Glaubens- und Vertrauenslied dichten wollte, hätte sich wohl geschämt.« Schon vor dem Ersten Weltkrieg hat es laut Fischer Ereignisse gegeben, bei denen das Lutherlied politisch verwendet wurde - etwa in den antinapoleonischen Kriegen, beim Wartburgfest 1817, bei der Errichtung des Lutherdenkmals 1868 in Worms und bei der Reichsgründung 1870/71. Selbst liberale und revolutionäre Kräfte hätten sich vorübergehend des Chorals bedient. Fischer hat seine Ergebnisse in der Studie »Religion, Nation, Krieg. Der Lutherchoral 'Ein feste Burg ist unser Gott' zwischen Befreiungskriegen und Erstem Weltkrieg« veröffentlicht. Ein dazu gehörendes Forschungsprojekt untersucht Formen nationaler und kriegerischer Deutung des Religiösen im frühen 20. Jahrhundert. Der Wissenschaftler will nach eigenen Angaben damit auch einen kritischen Beitrag zum anstehenden Jubiläum »500 Jahre Reformation« leisten.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 34\_2014 Seite 39

## Seelsorge: Initiative verlangt unabhängige Militärseelsorge

**Aalen/Minden** (epd). Ein internationales Netzwerk will die Zusammenarbeit der Kirchen mit dem Militär beenden. Stattdessen solle es ein auf den Frieden verpflichtetes, unabhängiges Seelsorgeangebot für Soldaten geben, sagte Rainer Schmid, Gründungsmitglied des »Weltweiten ökumenischen Netzwerks zur Abschaffung der Militärseelsorge«, am Montag in Aalen dem Evangelischen Pressedienst (epd). Die Initiative wurde bei der 100-Jahr-Feier des Internationalen Versöhnungsbundes mit Sitz in Minden am Wochenende in Konstanz ins Leben gerufen. Bereits seit 2012 existiert in Deutschland eine »Ökumenische Initiative zur Abschaffung der Militärseelsorge« mit denselben Zielen. Ihr prominentester Befürworter ist der Tübinger Theologe Jürgen Moltmann. Ziel der jetzt von 17 Menschen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Italien, Frankreich, Belgien und Russland international erweiterten Initiative ist es nach Schmidts Worten, dass vor allem die Kirchen, aber auch Juden und Muslime nicht mehr mit dem Militär zusammenarbeiteten, sondern auf Gewaltfreiheit setzen. Soldatenseelsorge ist zurzeit in über 35 Ländern in die jeweiligen Armeen integriert. In Deutschland werden etwa die Militärgeistlichen von der Bundeswehr bezahlt. Die Seelsorger hätten die Aufgabe, die Soldaten zu begleiten, zu trösten und zu beruhigen, erklärte das Netzwerk. So seien sie »ein nützliches Rad im Getriebe«.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 33\_2014 Seite 9

## Friedensbeauftragter: Atomwaffen abschaffen

**Bonn** (epd). Für eine Welt ohne Nuklearwaffen hat sich der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahm, ausgesprochen. »Atomwaffen gehören abgeschafft und nicht modernisiert«, erklärte er am Montag in Bonn zum bevorstehenden 69. Jahrestag der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki. Sie seien die »schrecklichsten Waffen, die die Menschheit geschaffen hat«. Ihre Existenz sei ein untragbares Risiko. Brahm kritisierte, dass in Deutschland weiterhin Atomwaffen lagerten und die NATO an ihrer Politik der nuklearen Abschreckung festhalte. »Aus evangelischer Sicht kann die Drohung mit Nuklearwaffen heute nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden«, sagte der leitende Geistliche der Bremischen Evangelischen Kirche. Er dankte den Menschen, die sich an den Gedenktagen zu Hiroshima und Nagasaki für eine Welt ohne Atomwaffen engagieren. Am 6. und 9. August 1945 hatten die US-Streitkräfte Atombomben über den beiden japanischen Städten abgeworfen. Dabei kamen hunderttausende Menschen ums Leben, viele weitere wurden verletzt und litten über Jahrzehnte an den Spätfolgen. pd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 33\_2014 Seite 9

## Käßmann für Abschaffung der Bundeswehr



Margot Käßmann epd-bild / Schoelzel

**Hamburg** (epd). Die Theologin Margot Käßmann hat sich für eine Abschaffung der Bundeswehr ausgesprochen. »Ich fände es gut, wenn die Bundesrepublik auf eine Armee verzichten könnte wie etwa Costa Rica«, sagte Käßmann dem Nachrichtenmagazin »Der Spiegel«. Ihr sei zwar klar, dass ihre Position im Moment noch eine Utopie sei, auch wegen der Einbindung Deutschlands in der Nato. Sie registriere allerdings mit Genugtuung, dass die Deutschen bewaffneten Einsätzen enorm skeptisch gegenüberstünden. »Ich fände es gut, wenn wir als Konsequenz aus den Schrecken des 20. Jahrhunderts sagen: Wir beteiligen uns nicht an Kriegseinsätzen«, erklärte die Reformationsbotschafterin der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Zugleich forderte Käßmann einen Stopp des deutschen Rüstungsexportes. »Meine ganz persönliche Meinung ist, dass ein Land mit der Vergangenheit wie Deutschland sich nicht dadurch hervortun muss, 'schöne' und technisch ausgefeilte Waffen in die ganze Welt zu liefern«, sagte sie. Es stünde Deutschland gut an zu sagen: »Wir exportieren Frieden und nicht Rüstung«. Käßmann ging auch auf Distanz zu Bundespräsident Joachim Gauck, der sich für ein stärkeres internationales Engagement Deutschlands ausgesprochen hatte. »Der Bundespräsident redet vom Krieg als letztes Mittel, ich rede über den Weg zum Frieden«, sagte sie. Die frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hatte sich bereits in der Vergangenheit immer wieder kritisch zur Rolle der Bundeswehr und vor allem über die Auslandseinsätze geäußert. Mit dem Satz »Nichts ist gut in Afghanistan« bei der Neujahrspredigt 2010 in der Dresdner Frauenkirche hatte sie eine breite gesellschaftliche Debatte über das Bundeswehr-Engagement in Afghanistan ausgelöst.  
epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 33\_2014 Seite \_9

## »Die Welt schaut zu und tut nichts«

### Tausende Jesiden warnen vor einem Völkermord im Irak

**Bielefeld** (epd). »Was sind wir? Jesiden sind wir. Was wollen wir? Freiheit wollen wir!« Vom Lautsprecherwagen schallt es in die Menge, von dort kommt die Antwort in einem Chor von Stimmen zurück. Begleitet von einem dichten Polizeiaufgebot trifft der Zug lautstark, aber friedlich auf dem großen Platz am Kesselbrink ein, auf dem kurz zuvor die Wochenmarkthändler die letzten Obstund Gemüseboxen verstaubt und abtransportiert haben. 6.000 Teilnehmer sind nach Polizeiangaben in Bielefeld zusammengekommen. Die Veranstalter schätzen die Zahl auf mehr als doppelt so viele. Sie sind hier, um vor einem drohenden Völkermord zu warnen. Im nördlichen Irak werden die Jesiden von der sunnitischen IS-Miliz verfolgt. Zigtausende sind ins Sindschar-Gebirge geflohen, wo sie ohne Lebensmittel und Wasser ausharren. »Hier findet ein Genozid statt, und die Welt schaut zu und tut nichts«, klagt Ali. Der 33-Jährige ist in Deutschland aufgewachsen, seine Familie stammt aus dem nordirakischen Shingal. Der Region, in der zuerst die Christen vertrieben und jetzt die Jesiden verjagt, ermordet oder zwangskonvertiert werden. Das Jesidentum ist eine rund 4.000 Jahre alte Religion, die Glaubenselemente und Riten westiranischer und altmesopotamischer Religionen sowie von Judentum, Christentum und Islam verbindet. »Die, die bisher überlebt haben, sind in die Berge geflüchtet«, berichtet Ali. Die Nachrichtenbilder mit abgeworfenen Hilfsgütern können ihn nicht beruhigen. »Die Kisten mit Wasser und Nahrungsmitteln kommen bei ihnen gar nicht an«, berichtet er von seinen Telefonkontakten, die noch möglich sind. Faist Mahmud Karow lebt seit sechs Jahren in Deutschland. Wenn der Jeside erzählt, ist ihm die Erschütterung deutlich anzumerken. Er habe in den letzten Tagen 15 Familienmitglieder in Shingal verloren: »Vater, Brüder, Enkel, sie liegen noch immer irgendwo in den Bergen und konnten nicht einmal beerdigt werden.« Die Bergregion, die den Geflüchteten zurzeit noch als Schutzraum dient, ist 14 Kilometer breit und 76 Kilometer lang. Die Menschen in den Bergen brauchen sofort eine sichere Zone, in der Krankenstationen eingerichtet werden müssen, sagt Karow. Nur so könne die menschliche Katastrophe noch abgewendet werden. Viele junge Jesiden fordern ein direktes militärisches Vorgehen der Staatengemeinschaft gegen Terror der islamistischen Milizen »Islamischer Staat« (IS). Auch die parlamentarische Geschäftsführerin der NRW-Grünen, Sigrid Beer, warnt vor einer »humanitären Katastrophe«. Die Verfolgung von Jesiden, Christen, Aleviten, und weiteren Minderheiten nehme immer größere Ausmaße an, warnt Beer, die auch Mitglied der Kirchenleitung

der westfälischen Kirche ist. Ein humanitärer Korridor müsse umgehend eingerichtet werden, damit sich die Flüchtlinge aus unmittelbarer Lebensgefahr in Sicherheit bringen können. »Sie brauchen Wasser Nahrungsmittel und Medikamente für den Weg.« Außerdem müssten die Flüchtlingsorganisationen in die Lage versetzt werden, die Menschen aufzunehmen unterzubringen und weiter zu versorgen. »Wir dürfen nicht schweigen, wenn fast 50.000 Jesiden in den Sindschar-Bergen in der Falle sitzen, erklärt auch die Pfarrerin der westfälischen Kirche, Kirsten Potz. Die Hälfte davon seien Kinder. «Die ersten sind schon verhungert und verdurstet.» Deutschland müsse zudem die Flüchtlinge, die hierherkämen, «mit offenen Armen aufnehmen, viele mehr als bisher». Befürchtete Ausschreitungen wie das Aufeinandertreffen mit islamistischen Gruppen bleiben aus. Doch am Ende kommt es zu kleineren Tumulten, als sich eine kleine Gruppe der Kundgebung nähert. Erst fliegen Beschimpfungen dann leere Flaschen zwischen den Gruppen. Die Polizei trennt jedoch die Lager schnell. Die Gruppe gehöre offenbar weder der Salafisten-Szene noch anderen extremen Vereinigungen an, erklärt die Polizei. *Uwe Rottkamp und Holger Spierig (epd)*  
epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 33\_2014 Seite \_17f

## Friedensaktivisten beenden Blockade von Fliegerhorst Büchel

**Büchel** (epd). Friedensaktivisten haben am Mittwoch ihre Blockade des Bundeswehr-Fliegerhorsts in Büchel beendet. Mit 30 Stunden sei es die bisher längste Blockade der Anlage durch die Friedensbewegung gewesen, sagte Marion Küpker, Sprecherin der »Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen« (GAAA). Die Aktivisten hatten damit gegen eine geplante Modernisierung der in Deutschland gelagerten US-Atomwaffen protestiert, die in Büchel vermutet werden. Am Mittwochmorgen räumte die Polizei das Lutzerather Tor, um Soldaten und Zivilbeschäftigten der Bundeswehr den Zugang zum Luftwaffenstützpunkt zu ermöglichen. Zuvor hatte sich davor eine Autoschlange gebildet. Einer der Blockierer hatte sich an das Tor gekettet und musste freigeschnitten werden. Drei der Aktivisten wurden zur Personalienfeststellung mitgenommen, konnten aber kurz danach wieder nach Büchel zurückkehren. Gegen Mittag beendete die Friedensbewegung dann die Blockade des Haupttores, ein weiteres Tor war bereits am Vormittag freigegeben worden. Die Blockade hatte am frühen Dienstagmorgen begonnen. Initiator der Protestaktion, an der sich verschiedene Friedensgruppen beteiligten, war das Jugendnetzwerk für politische Aktionen. Am Dienstag hatte auch die rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) den Blockierern ihre Unterstützung versichert. Nach Angaben der Friedensbewegung waren rund 40 Menschen an der Aktion beteiligt. Auch mit nur wenigen Personen sei es gelungen, die Abläufe am Fliegerhorst zu stören, sagte Küpker von der GAAA. Die Blockade war Teil eines Aktionscamps der GAAA, das am Samstag in der Nähe des Fliegerhorsts in Büchel startete. Noch bis Montag protestieren die Rüstungsgegner mit verschiedenen Aktionen gegen Nuklearwaffen. Am Dienstag setzte zudem der evangelische Pfarrer Matthias Engelke aus dem niederrheinischen Nettetal-Lobberich seine jährliche Protest-Fastenaktion am Fliegerhorst fort. Die Bundesregierung hatte Ende Mai bestätigt, dass die US-Regierung ein »Lebensdauererweiterungsprogramm« für die US-Atombomben aufgelegt hat. Das Programm diene dazu, »die Sicherheit und Zuverlässigkeit aller von diesem Programm erfassten Nuklearwaffen auch weiterhin auf höchstem Niveau sicherzustellen und damit die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung zu gewährleisten«. Eine offizielle Bestätigung der Bundesregierung, dass sich die Nuklearsprengköpfe in Büchel befinden, gibt es aber nach wie vor nicht.  
epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 33\_2014 Seite \_24

## Frauenrechtlerin Lea Ackermann erhält Augsburger Friedenspreis

**Boppard/Augsburg** (epd). Die katholische Ordensschwester Lea Ackermann und die von ihr gegründete Frauenhilfsorganisation Solwodi sind Träger des Augsburger Friedenspreises 2014. Die 77-jährige Ackermann werde für ihre »langjährigen Bemühungen für Frieden an Leib und Seele von sexuell unterdrückten Frauen und Mädchen« ausgezeichnet, sagte der Augsburger evangelische Regionalbischof Michael Grabow am Freitag in Augsburg. Der Preis ist mit 12.500 Euro dotiert und soll am 22. November verliehen werden. Mit Lea Ackermann und Solwodi (»Solidarity with Women in Distress« - Solidarität mit Frauen in Not) stelle der Friedenspreis »eine konkrete, praktische, vom christlichen Glauben her motivierte Friedensarbeit an Frauen in den Mittelpunkt, die Opfer von Menschenhandel, Zwangsprostitution und Sextourismus geworden sind«, erklärte der Vorsitzende der Friedenspreis-Jury. Ackermann habe mit Solwodi diese Themen öffentlich gemacht. Sie sei »eine unermüdliche Kämpferin« für die Menschenwürde von Frauen. Die aus dem Saarland stammende Lea Ackermann ist Ordensfrau bei den »Missionsschwestern unserer lieben Frau in Afrika«. Sie gründete Solwodi 1985, um zunächst kenianische Frauen beim Ausstieg aus der Elendsprostitution zu unterstützen. Heute ist die Organisation in fünf Ländern



aktiv. In Deutschland hat Solwodi sieben Schutzwohnungen und 15 Beratungsstellen für Migrantinnen in Notsituationen. Rund 50 Mitarbeiterinnen kümmern sich um Opfer von Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsheirat oder Gewalt in Beziehungen. Lea Ackermann ist die dritte Frau, die den Augsburger Friedenspreis erhält - nach Chiara Lubich, der Gründerin der ökumenischen Fokolarbewegung, und der palästinensischen Christin und Friedensvermittlerin Sumaya Farhat-Naser. Der 1985 durch die Stadt Augsburg und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern begründete Friedenspreis wird alle drei Jahre an Persönlichkeiten verliehen, die sich um ein tolerantes und friedfertiges Miteinander der Kulturen und Religionen verdient gemacht haben.

## Ein Leben für Frauen und Kinder in Not

### Friedenspreisträgerin Lea Ackermann kämpft gegen Zwangsprostitution und Sextourismus



**Boppard/Augsburg** (epd). Den Entschluss, sich gegen die Ausbeutung von Frauen, gegen Menschenhandel und Sextourismus einzusetzen, fasste Lea Ackermann in einem Taxi in Bangkok. Zusammen mit einem Bischof und dessen Sekretär war sie auf dem Weg ins Hotel. Die Männer saßen hinten, Ackermann vorne neben dem Fahrer. Der fragte sie, ob einer der beiden Mitfahrer ihr Ehemann sei. Als sie verneinte, wandte er sich an die Männer: Er habe eine kleine Schwester, sie sei jung, schön, billig - und für die ganze Nacht zu haben. Ackermann war schockiert. Die Geschichte hat Lea Ackermann schon öfter erzählt. Sie ist 30 Jahre her. Doch sie macht deutlich, wie sehr Ackermann die Selbstverständlichkeit und Arroganz verabscheut, mit der junge Frauen zur Ware gemacht werden. Für ihr lebenslanges Engagement gegen Zwangsprostitution hat die katholische Ordensschwester jetzt den Augsburger Friedenspreis bekommen. Die Jury würdigte sie als eine »unermüdliche Kämpferin, die sich für die Menschenwürde und gegen sexuelle Ausbeutung und Entwürdigung von Frauen und Mädchen einsetzt«. Im Jahr 1985, nicht lange nach dem Taxi-Vorfall, gründete Ackermann den Verein Solwodi. Die Abkürzung steht für »Solidarity with Women in Distress« - Solidarität mit Frauen in Not. Die Organisation half zunächst kenianischen Frauen dabei, aus der Elendsprostitution herauszukommen. Heute ist Solwodi neben Kenia auch in anderen Ländern aktiv, betreut in Not geratene Frauen und Kinder psychisch, gesundheitlich und juristisch, verhilft ihnen zu einem Neuanfang. In Deutschland hat Solwodi mittlerweile sieben sogenannte Schutzwohnungen und 15 Beratungsstellen. Mehr als 50 feste Mitarbeiterinnen kümmern sich dort um Migrantinnen in Notsituationen. Das heißt: Opfer von Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsheirat oder Gewalt in der Beziehung. Dass Lea Ackermann einmal ein internationales Hilfsnetzwerk für in Not geratene Frauen aufbauen würde, war nicht vorgezeichnet. Geboren 1937 im saarländischen Völklingen begann die Tochter eines Bauunternehmers mit 16 Jahren eine Banklehre - auf Wunsch ihrer Eltern. Sieben Jahre arbeitete sie bei der saarländischen Landesbank. »Aber irgendwann habe ich gedacht: Mein ganzes Leben nur mit Papier und Geld, das ist doch nichts«, sagte sie einmal in einem Interview: »Ich war 23 Jahre alt, fromm und abenteuerlustig zugleich.« Den Entschluss, in den Orden der »Missionsschwestern unserer lieben Frau von Afrika« einzutreten, fasste sie 1960 - ganz spontan. Bei einem Betriebsausflug tanzte die junge Frau eine Nacht durch und stellte sich dann im Ballkleid und mit hochhackigen Schuhen im Kloster der »Weißen Schwestern« vor. Tags darauf kündigte sie bei der Bank und trat in den Orden ein. Ihre Mutter, heißt es, habe damals geheult, ihr Vater getobt. Ackermann blieb dabei, studierte als Ordensfrau Theologie, Psychologie und Pädagogik, promovierte in München in Erziehungswissenschaften. Was sie aber vor allem wollte war: nach Afrika fahren und helfen. 1985 schickte sie die Ordensgemeinschaft ins kenianische Mombasa. Die Küstenstadt ist eine Hochburg des Sextourismus in Afrika. Die Ordensschwester sah das Leid der Prostituierten. Mit einem Rundbrief sammelte sie Geld, organisierte ein altes Lagerhaus als Unterschlupf - so entstand Solwodi. Später kam Solgidi (Solidarity with Girls in Distress) hinzu, eine Hilfsorganisation für Töchter von Prostituierten. Für ihr Engagement hat die 77-Jährige viele Auszeichnungen bekommen, unter anderem 2012 das große Bundesverdienstkreuz. Noch immer kämpft sie als Vorsitzende von Solwodi leidenschaftlich gegen das Geschäft mit ausgebeuteten Frauen, gegen gewissenlose Freier und für deren schärfere Bestrafung. Etwas dagegen zu tun, machte sie einmal deutlich, sei ihre Aufgabe als Christin: »Ich kann nicht in der Nachfolge Jesu leben und über das schreiende Unrecht hinwegsehen.« *Andreas Jalsovec* (epd)

epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 33\_2014 Seite \_30

## Psychologin: Kriegstrauma wird an nächste Generation weitergegeben

**Bonn** (epd). Viele Senioren leiden nach Einschätzung der Bonner Psychologin Cora Kepka noch stark unter den Folgen ihrer Erlebnisse im Zweiten Weltkrieg. »Diejenigen, die von 1927 bis 1945 Kinder waren, erinnern sich im Alter wieder an traumatische Erlebnisse«, sagte Kepka dem Evangelischen Pressedienst (epd). Teilweise geben Kriegskinder ihre Traumata nach Erfahrungen der Diplom- Psychologin an ihre eigenen Kinder weiter. Nach 1945 sei es hauptsächlich um Wiederaufbau und Funktionieren gegangen, es habe keine Zeit und kein Interesse gegeben, über traumatisierende Erlebnisse zu reden. »Es wurde geschwiegen, Gefühle wurden unterdrückt, Erlebtes verdrängt.« Dies gelingt nach den Worten der Psychologin aber in der Regel nicht dauerhaft. Wenn nach dem Krieg geborene Kinder ihren Eltern später Fragen stellten, bemerkten sie häufig Lücken in deren Geschichten, wo Ereignisse verdrängt wurden. Kepka bietet Gesprächskreise zu dem Thema an, an denen hauptsächlich Menschen teilnehmen, die zwischen 1955 und 1975 geboren sind. Diese sogenannten Kriegsenkel suchten oft einen Weg, um Zugang zu ihren vom Krieg traumatisierten Eltern zu finden. »Sie nehmen die emotionale Bedürftigkeit ihrer Eltern wahr und versuchen, etwas wieder gutzumachen, was gar nicht in ihrem Verantwortungsbereich liegt«, sagte die Psychologin. Es gehe ihnen auch um das Begreifen der eigenen Lebensgeschichte. Traumata könnten in die nächste Generation weitergegeben werden, erläuterte Kepka. »Das fehlende Einfühlungsvermögen in die Bedürfnisse und Nöte der eigenen Kinder, weil man ja selbst so Schlimmes erlebt hat, führt dazu, dass Kinder wenig emotionale Zuwendung bekommen«, erklärte die Bonner Expertin, die auf die Behandlung von traumatischen Erlebnissen wie Gewalt-, Kriegs- oder Missbrauchserfahrungen spezialisiert ist. Häufig seien traumatisierte Menschen gefühlsmäßig abgestumpft, weil sie Angst hätten, von Erinnerungen überwältigt zu werden. Die Psychologin rät betroffenen Familien, über die Vergangenheit zu sprechen. »Aber wenn die Eltern nicht reden wollen, sollte man das ernst nehmen, weil sie sich damit schützen«, sagte Kepka. Gerade bei pflegebedürftigen Menschen besteht nach Kepkas Worten die Gefahr der Retraumatisierung. Durch die Abhängigkeit von anderen Menschen erlebten sie Ohnmachtsgefühle, die sie an Situationen aus dem Krieg erinnerten. Hilfreich können nach Erfahrung der Expertin Gesprächskreise sein, in denen sich Betroffene untereinander austauschen können. *epd-Gespräch: Ebba Hagenberg-Miliu*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 33\_2014 Seite \_35

## Bundeswehr: Hilfsorganisationen kritisieren Werbung in der »Bravo«

**Osnabrück** (epd). Das Deutsche Bündnis Kindersoldaten wirft der Bundeswehr eine verharmlosende Form der Nachwuchswerbung vor. Mit Begriffen wie »Action«, »Adventure«, »Team-Challenge« und »Sport am Strand« werbe die Bundeswehr in der »Bravo« für ihre Abenteuer-Lager, erklärte das Bündnis am 7. August. Der Zusammenschluss von zwölf Nichtregierungsorganisationen, darunter terre des hommes, Amnesty International und die Kindernothilfe, ruft dazu auf, gegen die Werbung auf den Facebook- und Webseiten der Jugendzeitschrift »Bravo« und der Bundeswehr zu protestieren. Die in der Werbung verwendeten Bilder zeigten Sommer, Sonne, Strand und Meer. Sie hätten mit der Realität von Militäreinsätzen nichts zu tun, sagte Ralf Willinger, Kinderrechtsexperte von terre des hommes und Sprecher des Bündnisses. Die in Kriegsgebieten drohenden Gefahren wie Verwundung, Tod und Traumatisierung wie auch das Töten von Menschen würden in der Kampagne nicht angesprochen: »Militärwerbung bei Minderjährigen, vor allem wenn sie so einseitig und realitätsfern ist, ist nicht nur ethisch fragwürdig, sie ist auch nicht mit der UN-Kinderrechtskonvention vereinbar.«

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 33\_2014 Seite \_40

## Obama will militärische Zusammenarbeit mit Afrika vertiefen

**Washington** (epd). Zum Abschluss eines USA-Afrika-Gipfels in Washington hat Präsident Barack Obama neue Sicherheitsinitiativen angekündigt. So würden die USA eine bei Krisen reaktionsfähige »afrikanische Friedenspartnerschaft« aus Militäreinheiten von Ghana, Ruanda, dem Senegal, Tansania, Äthiopien und Uganda aufbauen helfen, sagte Obama am 6. August. Die Sicherheitskooperation mit Kenia, Niger, Mali, Nigeria, Tunesien und Ghana werde verbessert. Allerdings hätten die USA kein Interesse, ihren militärischen »Fußabdruck« in Afrika zu vergrößern, sagte Obama. Man wolle vielmehr den afrikanischen

Staaten bei der Professionalisierung ihrer Sicherheitskräfte helfen. Vor allem Nigeria, aber auch Kenia wird von Anschlägen islamistischer Terrorgruppen erschüttert. Hauptthema des Gipfels war die Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen der USA zu Afrika. Zu dem von Montag bis Mittwoch dauernden Treffen hatte Obama 50 afrikanische Staats- und Regierungschefs sowie Unternehmer aus Afrika und Top-Manager aus den USA eingeladen. Afrika sei der »jüngste und am schnellsten wachsende Kontinent«, sagte Obama. US-Unternehmen machten neue Geschäftsabschlüsse im Volumen von 14 Milliarden Dollar bekannt. Die US-Regierung stellte eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung des Handels vor, darunter Darlehensgarantien und Investitionen im Energiesektor. Die afrikanischen Staatschefs sagten zu, Handelsbarrieren abzubauen. Die Treffen am Mittwoch zu »Frieden und regionale Sicherheit« und »für die kommende Generation regieren« fanden hinter verschlossenen Türen statt. Obama sagte bei der Abschlusspressekonferenz, die Amtskollegen hätten über Rechtsstaatlichkeit und gutes Regierungshandeln gesprochen. Einige Nationen in Afrika hätten in dieser Hinsicht »beeindruckende Fortschritte« gemacht. Es gebe jedoch auch besorgniserregende Beschränkungen bei den universellen Rechten. Die Nationen würden aber zusehends erkennen, dass verantwortliches Regierungshandeln eine positive Auswirkung auf die Wirtschaft habe. Zu dem Gipfel waren einige wegen Menschenrechtsverletzungen kritisierte afrikanische Staatschefs wie Simbabwe Präsident Robert Mugabe nicht eingeladen worden. Die Präsidentin von Liberia, Ellen Johnson Sirleaf, und der Präsident von Sierra Leone, Ernest Bai Koroma, kamen wegen der Ebola-Krise nicht zum Gipfeltreffen. Obama erklärte, Ebola sei »kontrollierbar«, wenn man eine »starke Infrastruktur« im Gesundheitswesen habe. Die USA und Europa mobilisierten Ressourcen, um den betroffenen westafrikanischen Ländern zu helfen. Die US-Regierung unterstützte auch Bemühungen der Afrikanischen Union, ein Forschungszentrum zur Kontrolle von Krankheiten einzurichten. Es sei zu früh, über den Einsatz experimenteller Medikamente zu sprechen. Der Direktor des »Nationalen Instituts für Allergien und Infektionskrankheiten«, Anthony Fauci, sagte der Tageszeitung »Los Angeles Times«, er hoffe auf einen Ebola-Impfstoff Ende 2015.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 33\_2014 Seite \_51f